

Cyril Hovorun

Ukrainische Autokephalie als Sorge um die Menschen

Seit der Unabhängigkeit der Ukraine galten die Gläubigen der „nicht kanonischen“ orthodoxen Kirchen als Christen zweiter Klasse und waren von der Weltorthodoxie getrennt. Die Verleihung der Autokephalie an die Orthodoxe Kirche der Ukraine hat diesen jahrzehntelangen Missstand beendet. Millionen ukrainischer Gläubiger sind nun wieder Teil der globalen Orthodoxie, zudem hat die Autokephalie die Wahlmöglichkeiten der Kirchgemeinden gestärkt.

Die Ukrainer zählen zu den religiösesten Menschen in Europa. Laut der Studie „Religiöser Glaube und nationale Zugehörigkeit in Mittel- und Osteuropa“, die 2017 vom Pew Research Zentrum¹ durchgeführt wurde, bezeichnen sich 78 Prozent der ukrainischen Bevölkerung als orthodox. 12 Prozent von ihnen besuchen wöchentlich die Kirche, das ist doppelt so oft wie beispielsweise in Russland. Religiöse Zugehörigkeiten und Praktiken sind jedoch nicht gleichmäßig auf die Ukraine verteilt. Die Menschen in den westlichen Regionen des Landes gehen häufiger in die Kirche als diejenigen im Osten.

Leider waren die religiösesten Regionen im Westen der Ukraine, beispielsweise Wolhynien, am stärksten vom kirchlichen Schisma betroffen, das kurz nach der Wiedererlangung der ukrainischen Unabhängigkeit 1991 ausbrach. Millionen überzeugter orthodoxer Christen, die regelmäßig zur Kirche gingen und an den Sakramenten teilnahmen, wurden von der Gemeinschaft mit der globalen Orthodoxie abgeschnitten. Sie gehörten zu zwei Gruppen, die von den anderen orthodoxen Kirchen als „schismatisch“ und „unkanonisch“ betrachtet wurden: zum Kiewer Patriarchat und zur Ukrainischen Autokephalen Orthodoxen Kirche (UAOK).

Die Sozialwissenschaften können Religiosität quantitativ messen, aber nicht qualitativ. Wenn es um die Qualität des religiösen Lebens geht, kann man nur subjektiv sein. Durch meine vielen Treffen und Gespräche mit gläubigen Laien beider unkanonischer Gruppen kam ich zum Schluss, dass ihr religiöses Leben intensiv und gesund ist. Es beinhaltet keine nennenswerten fanatischen oder fundamentalistischen Einstellungen. Die meisten „nicht kanonischen“ Orthodoxen, die mir begegneten, waren offen, wertschätzten andere und liebten Christus.

Zugleich waren sie mit der Beschuldigung, „Schismatiker“ zu sein, konfrontiert, und man glaubte, es gebe keine Rettung für sie. Sie wurden zur Nicht-Kirche erklärt und als Christen zweiter Klasse behandelt. Sogar ihre Taufe wurde von ihren „kanonischen“ orthodoxen Brüdern und Schwestern angezweifelt. Wie die „nicht kanonischen“ orthodoxen Christen behandelt wurden, war in einigen Fällen ungeheuerlich, so im folgenden Fall:² Am 31. Dezember 2017 beging in der Stadt Zaporizžja ein 39-jähriger Mann Selbstmord, indem er aus dem achten Stock eines Gebäudes sprang. Er fiel auf einen zweijährigen Jungen, der mit seinem Vater in der Nähe spazierte. Der Mann und der Junge starben auf der Stelle. In tiefster Trauer kamen die Eltern des Jungen in eine Kirche, um das Begräbnis zu organisieren. Dies war eine Kirche des Moskauer Patriarchats in der Ukraine. Als

sie dem Priester gegenüber erwähnten, dass der Junge im Kiewer Patriarchat getauft worden war, weigerte sich dieser kategorisch, den Begräbnisdienst durchzuführen. Daraufhin suchten sie eine andere Kirche, ebenfalls des Moskauer Patriarchats, auf. Auch dort forderten die Priester sie zum Verlassen der Kirche auf, ohne jegliche Hilfe anzubieten. Die Priester des Moskauer Patriarchats, die den trauernden Eltern gegenüber eine solche Haltung an den Tag gelegt hatten, wurden von ihrem Bischof, Metropolit Luka (Kovalenko), und später vom HI. Synod der Ukrainischen Orthodoxen Kirche des Moskauer Patriarchats vollumfänglich unterstützt. Der HI. Synod hieß die Entscheidungen der Priester in Zaporizžja in seiner Sitzung vom 14. März 2018 gut und hielt fest, kirchliche Dienste könnten nur getauften Mitgliedern der Kirche angeboten werden.³ Die „Schismatiker“ waren für den HI. Synod keine Kirche und nicht einmal getauft. Diese Haltung war während Jahrzehnte eine schwere Bürde für das Bewusstsein der Gläubigen, die zu den nicht anerkannten orthodoxen Kirchen in der Ukraine gehörten.

Der Weg zur ukrainischen Autokephalie seit 2014

Nach 2014 wurde für viele Gläubige des Moskauer Patriarchats in der Ukraine ihre Zugehörigkeit zu dieser Kirche ebenfalls eine Bürde für ihr Bewusstsein. Das war eine Folge der Annexion der Krim und der militärischen Aggression in der Ostukraine. Viele in der Ukraine glauben, dass die Russische Orthodoxe Kirche (ROK) die Aggression aktiv unterstützte, während ihr Außenposten in der Ukraine die Aggression wissentlich ignorierte. Für viele orthodoxe Ukrainer verstieß es nun gegen ihr Gewissen, sich mit einer Kirche zu verbinden, die entweder explizit oder still den Krieg unterstützte. Dennoch war diese Kirche die einzige kanonische und behauptete, dass nur in ihr Erlösung möglich sei. Daher standen viele gläubige Mitglieder des Moskauer Patriarchats in der Ukraine vor einem unlösbaren Dilemma: ihr Volk gegen die russische Aggression zu unterstützen oder zu der Kirche zu gehören, die die Aggression abwogelte. Keine der Optionen war gut für sie. So wurde die Idee der kanonischen Autokephalie in der Ukraine wieder aktuell.

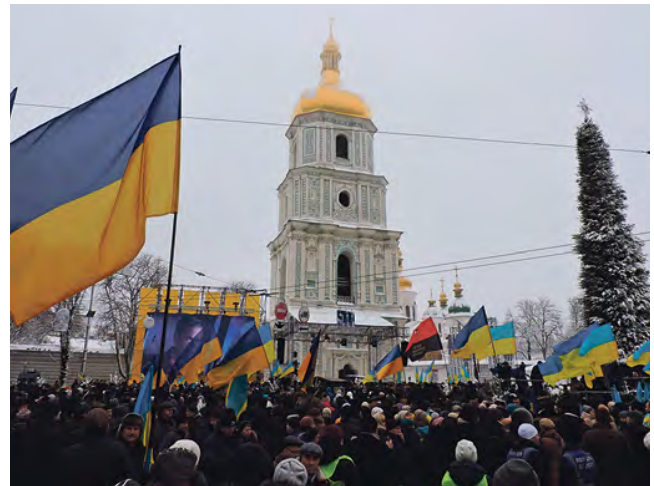
Der anfängliche Impuls für die ukrainische Autokephalie entsprang an der Laienbasis, wurde dann vom ukrainischen Staat unterstützt und schließlich vom Ökumenischen Patriarchat erfüllt. Die Menschen wollten eine anerkannte Kirche, die die Zusammenarbeit mit dem aggressiven Regime im Kreml aufkündigt. Sie wollten nicht in ihrem eigenen Land Christen zweiter Klasse sein. Für den ukrainischen Staat war die Frage der

jurisdiktionellen Unabhängigkeit der Ukraine vom Moskauer Patriarchat nicht nur kirchlich, sondern auch politisch motiviert. Die nationale Sicherheit hing zu einem bedeutenden Ausmaß davon ab. Zudem hoffte der damalige ukrainische Präsident Petro Poroschenko, der zu einem Protagonisten der ukrainischen Autokephalie wurde, so seinen politischen Rückhalt mit Blick auf die Präsidentschaftswahlen im Frühling 2019 auszubauen. Für das Ökumenische Patriarchat scheint die Angelegenheit minimal politisch und vor allem pastoral motiviert gewesen zu sein. Millionen von Ukrainern, die den nicht kanonischen orthodoxen Kirchen angehörten – dem Kiewer Patriarchat und der UAOK – wurden vom Rest der orthodoxen Welt als Schismatiker betrachtet. Die Autokephalie war für sie der einzige Weg, sich mit der globalen Orthodoxie zu versöhnen.

Die Entscheidung des Ökumenischen Patriarchats, die Gewährung der kanonischen Autokephalie an die ukrainische Kirche zu verfolgen, wurde von Präsident Poroschenko bei einem Treffen mit den Leitern der politischen Fraktionen im ukrainischen Parlament am 17. April 2018 verkündet.⁴ Er informierte sie über seinen Besuch in der Residenz des Ökumenischen Patriarchen in Istanbul in der Woche des orthodoxen Osterfestes (8. April), bei dem er Gespräche mit Patriarch Bartholomaios und den Mitgliedern der Hl. Synode geführt hatte und diese ihm ihre entsprechende Absicht mitgeteilt hatten.

Nach seiner Rückkehr traf sich Präsident Poroschenko mit den Hierarchen aller orthodoxen Kirchen in der Ukraine und bat sie um ihre Unterstützung für seine Initiative. Das Kiewer Patriarchat und die UAOK stimmten dem Präsidenten einstimmig zu und veröffentlichten offizielle Bitten an das Ökumenische Patriarchat. Der Leiter der Ukrainischen Orthodoxen Kirche (UOK) des Moskauer Patriarchats, Metropolit Onufrij (Beresovskij), lehnte es jedoch ab, die Initiative zu befürworten (s. RGOW 6/2018, S. 5). Doch einige Bischöfe seiner Kirche willigten ein, an diesem Prozess teilzunehmen, aber ihre Namen wurden nicht preisgegeben. Nach diesen Konsultationen schickte auch Poroschenko eine eigene offizielle Bitte um Autokephalie nach Istanbul. Am 19. April bat der Präsident das Parlament, seine Petition zu unterstützen, und die Rada verabschiedete eine entsprechende Entscheidung mit der Mehrheit der Stimmen.⁵ So wurde Poroschenko zum Hauptvermittler für die ukrainischen Kirchen und politischen Organe in ihrer Kommunikation mit dem Ökumenischen Patriarchat. Er sicherte sich rasch die formale Unterstützung durch das ukrainische Parlament und die meisten ukrainischen Kirchen, wobei die UOK vorhersehbarerweise davon absah.

In der Ukraine glaubten zu der Zeit viele, dass die Autokephalie bald gewährt würde, zum Ende des Frühlings oder spätestens im Juli, als die ukrainischen Kirchen den 1030. Jahrestag der Taufe der Kiewer Rus' feierten. Doch die entscheidenden Beschlüsse fasste das Ökumenische Patriarchat erst im Herbst 2018. Vom 1. bis 3. September fand in Istanbul eine Bischofsversammlung des Ökumenischen Patriarchats statt. Die Rolle dieses Organs ist eher beratend, aber es wird normalerweise zusammengerufen, bevor die Hl. Synode besonders wichtige Entscheidungen trifft. Die Versammlung vom September 2018 wurde angesichts der Entscheidung über die ukrainische Autokephalie abgehalten. Am ersten Tag hörten die Delegierten Vorträge und nahmen an Diskussionen der ukrainischen Situation teil. Insbesondere der historische Kontext sowie das Recht des



Hunderte Gläubige verfolgten vor der Sophienkathedrale das sog. Vereinigungskonzil, durch das die OKU am 15. Dezember 2018 gegründet wurde.

Foto: Kharkivian (Serhii Petrov)

Ökumenischen Patriarchats, die Autokephalie zu verleihen und auf Bitten anderer Kirchen einzugehen, standen im Zentrum der Debatten der Bischofsversammlung.

Bald nachdem die Versammlung ihre Arbeit abgeschlossen hatte, veröffentlichte das Sekretariat der Hl. Synode des Ökumenischen Patriarchats am 7. September ein Statement über die Ernennung zweier patriarchaler Exarchen für die Ukraine: Erzbischof Daniel (Selinskyj) von Pamphilos aus den USA und Bischof Ilarion (Rudnyk) von Edmonton aus Kanada (s. RGOW 10/2018, S. 3).⁶ Die Aufgabe von Exarchen des Ökumenischen Patriarchats ist ähnlich wie die von Legaten der katholischen Kirche. Sie vertreten den Patriarchen und berichten ihm. Sie können nicht aus ihrer eigenen Autorität heraus handeln und üben nicht die Macht eines Diözesanbischofs an den Orten aus, an die sie geschickt werden. Eine konkrete Mission der Exarchen in der Ukraine war, das Vereinigungskonzil der neuen unabhängigen Kirche vorzubereiten.

Die Exarchen kehrten mit ihrem Bericht zur Hl. Synode zurück, die ihre Sitzung vom 9. bis 11. Oktober in Istanbul abhielt. Viele in der Ukraine erwarteten, dass die Hl. Synode an dieser Sitzung den Tomos der ukrainischen Autokephalie verleihen würde. Diese Erwartungen wurden nur teilweise erfüllt. Laut dem Kommuniké⁷ erklärte die Hl. Synode, dass die Gläubigen der nicht kanonischen Kirchen „wieder in die Gemeinschaft mit der Kirche eingesetzt worden sind“. Diese Erklärung bedeutete das Ende des Schismas, das in der Ukraine seit 1992 bestanden hatte. Die Hl. Synode Konstantinopels annullierte auch das Dokument von 1686, das der Kirche von Moskau die – laut Konstantinopel – vorübergehende und bedingte Verwaltung der Metropole von Kiew gewährt hatte. Das stellte effektiv die kanonische Jurisdiktion über die Ukraine in Form einer Metropole wieder her (s. RGOW 11/2018, S. 9–11).

An ihrer letzten Sitzung 2018, vom 27. bis 29. November, unternahm die Hl. Synode des Ökumenischen Patriarchats einen weiteren Schritt in Richtung Gewährung der Autokephalie. Sie bewilligte den Entwurf des Statuts der neuen Kirche.⁸ Der Entwurf basierte auf dem Statut der Orthodoxen Kirche von Griechenland. Es war lediglich ein Entwurf, der nötigenfalls von den ukrainischen Bischöfen angepasst und dann verabschiedet werden konnte. Die November-Sitzung der Hl. Synode in Istanbul nahm auch den Entwurf des ukraini-

schen Tomos an. Der Tomos wurde aber noch nicht veröffentlicht oder verkündet.

Religionsfreiheit oder Kirchenverfolgung?

Der Tomos sollte einer neuen ukrainischen Kirche übergeben werden, die erst noch gegründet werden musste. Das sog. Vereinigungskonzil, an dem die neue Kirche geschaffen wurde, fand in der historischen Sophienkathedrale in Kiew am 15. Dezember 2018 unter dem Vorsitz des Exarchen des Ökumenischen Patriarchats, Metropolit Emmanuel (Adamakis) von Frankreich, statt (s. RGOW 1/2019, S. 3–4). Am Vorabend des Konzils lösten sich das Kiewer Patriarchat und die UAOK auf. Alle ihre Bischöfe und zusätzlich zwei Bischöfe der UOK nahmen nun als Bischöfe des Ökumenischen Patriarchats am Konzil teil. Am Konzil wurde das Statut der neuen Kirche verabschiedet und ihr Leiter gewählt: Metropolit Epifanij (Dumenko). Die neue Kirche gab sich den Namen Orthodoxe Kirche der Ukraine (OKU). Am 6. Januar 2019 besuchte Metropolit Epifanij in Begleitung von Präsident Poroschenko Istanbul. In der Residenz des Ökumenischen Patriarchen im Phanar erhielt er den Tomos der ukrainischen Autokephalie. Das Dokument wurde erst von Patriarch Bartholomaios und dann von den Mitgliedern der Hl. Synode der Kirche von Konstantinopel unterzeichnet. Dieser feierliche Akt schloss den Prozess der Gewährung der kanonischen Unabhängigkeit (Autokephalie) an die ukrainische Kirche ab.

Die Schaffung einer kanonisch unabhängigen ukrainischen Kirche half, einige politische Ziele zu erreichen. So erhöhte sie sicherlich die nationale Sicherheit des ukrainischen Staats. Aber sie half Poroschenko nicht, als Präsident wiedergewählt zu werden, er verlor überdeutlich gegen den Komiker Volodymyr Selenskyj (s. RGOW 4–5/2019, S. 3). Die Schaffung der kanonischen Autokephalie löste auch erfolgreich das Problem der Christen zweiter Klasse in der Ukraine. Die früher als „Schismatiker“ Bezeichneten waren keine mehr. Wer das Moskauer Patriarchat wegen seiner Verwicklungen in anti-ukrainische Aktivitäten verlassen will, kann nun an einen sicheren Ort gehen. Daher hat die Verleihung der Autokephalie durch das Ökumenische Patriarchat die Situation der Gewissensfreiheit in der Ukraine deutlich verbessert. Die Menschen müssen nicht mehr zwischen schlechten Möglichkeiten wählen. Nun haben alle Möglichkeiten, die sie als gut betrachten.

Das Moskauer Patriarchat hat so in der Ukraine die Kontrolle über das Narrativ der Kanonizität und zudem das Monopol darauf verloren. Für viele im Moskauer Patriarchat ist das eine Tragödie, die sie mit Begriffen der „Verfolgung“ wiedergeben. Die Rhetorik der Verfolgung wurde eingeführt, um die früher vom Moskauer Patriarchat verwendete Rhetorik der Kanonizität zu ersetzen, die nun nicht mehr relevant ist. Diese Rhetorik gründet im Zusammenprall zweier Ansichten, was Kirche ist. Entsprechend der einen Ansicht wird Kirche mit ihren zentralen administrativen Strukturen identifiziert, für die die Gemeinden nur eine sekundäre und unterstützende Rolle spielen. Gemeinden und ihre Mitglieder können nicht selbst entscheiden, zu welcher Jurisdiktion sie gehören. Gemäß der anderen Ansicht bilden die Gemeinden und nicht die zentrale Administration den Kern der Kirche. Es steht ihnen frei zu entscheiden, zu welcher Kirche sie gehören wollen. Ersteres ist der Zugang des Moskauer Patriarchats, während letzteres die Position des ukrainischen Staats ist. Da die staatliche Politik

vor allem die Rechte der Gemeinden schützt, über ihre Zugehörigkeit zu entscheiden, ungeachtet dessen, was die zentrale Kirchenadministration davon hält, wurde der ukrainische Staat vom Moskauer Patriarchat beschuldigt, Verfolgungen gegen die UOK anzustacheln.

In den meisten Fällen sind diese Beschuldigungen falsch. In einigen Fällen gibt es allerdings echte Diskriminierungen von Gemeinden des Moskauer Patriarchats in der Ukraine. Obwohl die ukrainische Zentralregierung in der Jurisdiktionsfrage Neutralität verkündet hat, lenken einige lokale Verwaltungen, insbesondere im Westen der Ukraine, die Wahl einiger Gemeinden in Richtung der OKU. Diese scheint sich diesem Aufzwingen des politischen Willens gegenüber zögernden oder gespaltenen Gemeinden nicht zu widersetzen. Die Gefahr, dass die Mitglieder des Moskauer Patriarchats in der Ukraine zu Christen zweiter Klasse werden könnten, besteht somit noch immer. Sowohl der ukrainische Staat als auch die OKU müssen ihren Einsatz in der Verhinderung solch eines negativen Szenarios erst noch beweisen.

Trotz einiger Mängel der Regierungspolitik und der Positionen der OKU hinsichtlich der Religionsfreiheit ist die Situation insgesamt vielversprechend. Auch das Ökumenische Patriarchat sorgt dafür, dass die Religionsfreiheit in der Ukraine bewahrt wird. Es scheint, als sei es den zwei kanonischen orthodoxen Jurisdiktionen, der UOK und der OKU, bestimmt, noch für Jahrzehnte nebeneinander zu existieren. Beide müssen lernen, einander zu akzeptieren. In dieser Situation sollte der Staat das Recht von Gemeinden und Individuen schützen, eine der Jurisdiktionen zu wählen, und keine der beiden bevorzugen.

Anmerkungen

- 1) <https://www.pewforum.org/wp-content/uploads/sites/7/2017/05/CEUP-FULL-REPORT.pdf>.
- 2) <https://www.christiantimes.com/article/moscow-led-church-in-ukraine-refuses-to-bury-boy-because-he-was-christened-in-a-rival-denomination/73505.htm>.
- 3) <https://sinod.church.ua/2018/04/26/zhurnali-zasidannya-svyashhennogo-sinodu-ukrajinskoji-pravoslavnoji-cerkvi-vid-14-bereznya-2018-roku/>.
- 4) <https://www.facebook.com/petroporoshenko/videos/1252521398215583/>.
- 5) <https://zakon.rada.gov.ua/laws/show/2410-19>.
- 6) https://www.facebook.com/ecumenicalpatriarchate/posts/10156674751109158?__tn__=-R.
- 7) <https://www.patriarchate.org/-/communiq-1>.
- 8) https://www.patriarchate.org/-/anakoinothen-29-11-2018-?_101_INSTANCE_MF6geT6kmaDE_languageId=en_US.

Übersetzung aus dem Englischen: Natalija Zenger.

Cyril Hovorun, Archimandrit und Theologieprofessor an der Loyola Marymount Universität in Los Angeles und Direktor des Huffington Ecumenical Institute, früher Vorsitzender der Abteilung für Außenbeziehungen der Ukrainischen Orthodoxen Kirche (Moskauer Patriarchat) und Vize-Vorsitzender des Bildungsausschusses der Russischen Orthodoxen Kirche sowie Forscher an den Universitäten von Yale und Columbia.